



## Massenverbrechen im 1. Quartal 2016

In fünf Staaten wurden Massenverbrechen wie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt, in neun weiteren droht eine Eskalation zu solchen Verbrechen. Aus den 14 erfassten Staaten stammen fast 37 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebene. Allein in 12 der Staaten wurden etwa 21.000 Menschen im 1. Quartal 2016 getötet. Darunter befinden sich über 8.500 Zivilisten. Für Nordkorea und den Jemen sind keine Daten verfügbar.

### Fünf Notstände: Der IS auf dem Rückzug

Im Irak und in Syrien wurde der sog. Islamischen Staat (IS) weiter militärisch zurückgedrängt. Als Reaktion auf seine absehbare militärische Niederlage intensiviert der IS seine Terrorangriffe. Im Irak griff er landesweit gezielt schiitische Zivilisten an. Unterdessen blieb in Syrien Assads Regime weiter für die überwältigende Mehrheit (73%) der getöteten Zivilisten verantwortlich. Eine militärische Niederlage des IS ist insofern nicht mit dem Schutz von Zivilisten gleichzusetzen. Während die nigerianische Armee im Kampf gegen Boko Haram Fortschritte erzielte, entstand im Osten eine neue Notsituation: Fulani-Milizen ermordeten im 1. Quartal 2016 über 400 Zivilisten. Massenverbrechen der Regierungen in Nordkorea und im Sudan halten unvermindert an.

### Vier Krisen: Rückfall zur Gewalt im Südsudan

In Burundi droht eine Eskalation zu Massenverbrechen aufgrund der Kompromisslosigkeit und Brutalität der Regierung. Eine geplante AU-Friedensmission wurde verworfen. Regierung und

„Der jemenitische Bürgerkrieg hat sich zur größten humanitären Krise weltweit ausgeweitet: 2,8 Mio. sind auf der Flucht, 15 Mio. auf humanitäre Hilfe angewiesen.“

Rebellen attackieren gezielt hochrangige politische Vertreter und Zivilisten. In Afghanistan leiden Zivilisten zunehmend unter den Offensiven der Taliban und der neuen Konkurrenz zwischen dem afghanischen IS-Ableger und den Taliban. Im opferreichen jemenitischen Bürgerkrieg besteht durch den wachsenden Einfluss von Al-Qaida (AQAP) weiterhin eine Bedrohung für Zivilisten. Die ethnisch-geprägte Gewalt im Südsudan droht angesichts des Scheiterns des Friedensvertrages erneut auszubrechen.

### Fünf Warnungen: Keine Besserung in Myanmar

In Myanmar übernahm die Oppositionspartei NLD unter der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi die Regierung. Rohingya werden jedoch weiterhin in Zwangslagern gefangen gehalten und scheinen auch für die neue Regierung keine Priorität zu besitzen. In der Zentralafrikanischen Republik halten Spannungen zwischen Christen und Muslimen trotz erheblicher Fortschritte an. In der DR Kongo drohen Proteste und Gewalttaten im Kontext der anstehenden Wahl zu Massenverbrechen zu eskalieren. Im Zuge der Bildung einer Einheitsregierung ist die Gewalt in Libyen zurückgegangen. Der IS hat sich unterdessen zur größten Bedrohung für Zivilisten entwickelt. In Pakistan verübten radikal-sunnitische Terrororganisationen weiterhin Angriffe auf religiöse Minderheiten.

### Fokus: Der Islamische Staat

Der IS weitete seine Terrorangriffe weltweit und insbesondere in Libyen, Afghanistan und dem Jemen aus. Im Jahr 2015 wurden mindestens 53% der weltweiten 27.000 Terroropfer durch den IS und IS-Verbündete getötet; 21% durch Unbekannte. Im Irak, in Syrien und Nigeria sind die Angriffe des IS und des IS-Verbündeten Boko Haram so systematisch, dass sie Massenverbrechen darstellen. An den Jesiden begeht der IS einen Völkermord.

Daten: Global Terrorism Database; GA Policy Brief zur Lage der Jesiden

### Über den Monitor

Der Genocide Alert Monitor informiert über die weltweite Entwicklung von Massenverbrechen wie Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Monitor erscheint mit ausführlichen Hintergrund- und Ereignisberichten, einer interaktiven Karte und weiterführenden Informationen jedes Quartal neu auf [www.genocide-alert.de/monitor](http://www.genocide-alert.de/monitor).

Projektleitung: Jens Stappenbeck, stv. Vorsitzender Genocide Alert e.V.  
Vi.S.d.P.: Dr. Robert Schütte, Vorsitzender Genocide Alert e.V.

## Notstand: Massenverbrechen finden statt

Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Internationalen Strafgerichtshofes werden verübt.

Im **Irak** begeht der IS weiterhin Massenverbrechen. Der Völkermord an den Jesiden hält an: Über 3.200 jesidische Frauen werden vom IS gefangen gehalten und sexuell missbraucht. Die Anti-IS Koalition drängte den IS nach Mosul zurück. Der IS intensiviert unterdessen seine Terrorangriffe und attackierte landesweit Schiiten. Auch von der Regierung eingesetzte schiitische Milizen begehen weiterhin Kriegsverbrechen an Sunniten.

In **Nigeria** verübt Boko Haram seit 2009 Massenverbrechen. Der Armee gelang es, die Terrororganisation zurückzudrängen und über 800 Entführte zu befreien. Boko Haram ermordete dennoch über 300 Zivilisten. Im Osten entstand eine neue Not-situation: Lose organisierte, radikal-islamistische Fulani Milizen ermordeten über 400 Zivilisten bei Angriffen auf Dörfer.

In **Afghanistan** kontrollieren die Taliban weite Gebiete im Süden und Norden und attackieren landesweit gezielt Zivilisten. Seit Ende 2015 ist der IS vor allem in der östlichen Nangarhar Provinz aktiv. Angesichts der Offensive der Taliban und der neuen Konkurrenz zum IS besteht ein Risiko, dass die Taliban ihre Angriffe auf die Zivilbevölkerung intensivieren und zu Massenverbrechen ausweiten. Insgesamt wurden 600 Zivilisten bei Kämpfen und Attentaten getötet.

In **Burundi** lässt Präsident Nkurunziza Oppositionelle weiterhin gezielt verfolgen, verschleppen und ermorden. Zahlreiche NROs und Medien wurden geschlossen. Die Rhetorik erinnert an die Situation vor dem Völkermord in Ruanda. Das Vorgehen der Regierung droht sich zu Massenverbrechen auszuweiten. Mordanschläge auf Regierungsvertreter, ausgeübt durch Rebellengruppen die sich Ende 2015 formierten, halten an. Eine diskutierte Friedensmission der Afrikanischen Union wurde aufgrund des Widerstandes der Regierung verworfen. HRW berichtet über systematische Vergewaltigungen durch Teile der Jugendorganisation der Regierungspartei.

## Warnung: Massenverbrechen sind zu befürchten

Die Entwicklung weist auf ein ernsthaftes Risiko für künftige Massenverbrechen hin.

Im Osten der **DR Kongo** begehen Rebellen und bewaffnete Milizen weiterhin Kriegsverbrechen. Die Krise im Vorfeld der Ende 2016 fälligen Wahl eskaliert weiter: Ob Präsident Joseph Kabila verfassungswidrig für eine dritte Amtszeit kandidieren wird oder ob die Wahl verschoben wird, bleibt weiterhin fraglich. Eine gewaltsame Eskalation im Kontext der Wahl Ende 2016 ist sehr wahrscheinlich.

In **Libyen** wurde der Bürgerkrieg zwischen den zwei konkurrierenden Regierungen in Tripolis und Tobruk mit der Bildung einer Einheitsregierung beendet. Von den anhaltenden Konflikten und der politischen Instabilität profitieren weiterhin die radikal-islamistische Ansar al-Sharia und der IS, der die größte Bedrohung für Zivilisten darstellt. Eine Anti-IS Offensive und Rückeroberung Sirtes steht weiterhin aus.

## Eine Welt ohne Massenverbrechen ist möglich

Genocide Alert setzt sich für eine wirksame Verhinderung und Bestrafung von Massenverbrechen ein und betreibt dafür Poli-

tikberatung und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel einer menschenrechtsbasierten Außenpolitik. Policy Briefs und weitere Analysen finden sich auf: [www.genocide-alert.de](http://www.genocide-alert.de).

In **Nordkorea** begeht das autoritäre Regime seit Jahrzehnten Verbrechen gegen die Menschlichkeit an der eigenen Bevölkerung. Nur wenige Informationen aus dem Land sind verfügbar. Unterdrückung, Exekutionen und lebenslange Deportationen ganzer Familien in Arbeitslager halten unvermindert an.

In **Sudan** begehen die Armee und regierungsnahen Milizen seit 2003 anhaltende Massenverbrechen in Darfur. Auch im südlichen Blue Nile und South-Kordofan leiden Zivilisten weiterhin unter Kriegsverbrechen durch Regierung und Rebellen. Der vom IstGH angeklagte Präsident Bashir bleibt auf freiem Fuß.

## Krise: Unmittelbare Eskalation droht

Es werden erhebliche Verletzungen des humanitären Völkerrechtes begangen, die sich zu Massenverbrechen auszuweiten drohen.

Im **Jemen** bleibt AQAP der Hauptprofiteur des Bürgerkrieges zwischen den schiitischen Huthi, Präsident Hadi, diversen Stammesmilizen und einer Koalition unter Führung Saudi-Arabiens. AQAP ist dabei, zur größten Bedrohung für Zivilisten zu werden. Über 6.000 Jemeniten wurden seit März 2015 getötet, über die Hälfte von ihnen sind Zivilisten. Sie starben vor allem bei sehr opferreichen Luftangriffen. Ethnische und religiöse Konflikte werden durch die Kriegsparteien weiter angeheizt.

Im **Südsudan** ist der Konflikt zwischen den Dinka unter Präsident Kiir und den Nuer unter dem Vizepräsidenten Machar erneut ausgebrochen. Die Gewalt nahm seit dem Friedensvertrag im August 2015 zunächst deutlich ab, Zivilisten wurden aber weiterhin attackiert. Die anhaltenden Probleme bei der Bildung einer Einheitsregierung und das Scheitern des Friedensvertrages drohen das Land in einen erneuten Bürgerkrieg zu stürzen.

In **Myanmar** übernahm die National League for Democracy unter der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi am 1. April 2016 die Regierung. Die NLD hatte im November 2015 die Wahl gewonnen. Trotz der demokratischen Fortschritte wird die muslimische Minderheit der Rohingya weiter systematisch unterdrückt und in Lagern interniert. Auch die NLD tritt Hassreden von buddhistischen Nationalisten bisher nicht entgegen.

In **Pakistan** attackierten radikal-sunnitische Terrorgruppen weiterhin Schiiten. Die Regierung intensiviert ihre Anti-Terrorbemühungen. Viele radikal-sunnitische Täter und Hassprediger werden weiterhin strafrechtlich nicht verfolgt.

In der **Zentralafrikanischen Republik** erreichte die Gewalt zwischen Christen und Muslimen ihren niedrigsten Stand seit den Massenverbrechen Ende 2013. Die aus Uganda stammende Lord's Resistance Army (LRA) wurde jedoch aktiver, verübte Übergriffe und entführte über 150 Zivilisten im Osten der ZAR.